

## In eigener Sache

Bereits mehrfach hat Resi Stoffels (SP) der VIVANT- Fraktion im PDG die Mitgliedschaft von Roland Duchâtelet in der flämischen liberalen Partei Open/VLD vorgeworfen. Dazu eine Klarstellung.

In Flandern und in der Wallonie ist VIVANT nur als Bewegung aktiv. Deshalb steht es dort jedem VIVANT- Mitglied frei, in der Partei seiner Wahl politisch aktiv zu sein. Roland Duchâtelet glaubt, dass er die Ziele von VIVANT am besten innerhalb einer liberalen Partei verwirklichen kann. VIVANT- Ostbelgien hat diese Ansicht nie geteilt. Weder der VLD noch die anderen liberalen Parteien in Belgien haben jemals zu verstehen gegeben, dass sie den zentralen VIVANT- Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens mittragen würden. VIVANT- Ostbelgien fordert, dass ein Grundeinkommen von ca. 800 Euro/Monat/Person, vom Staat, unabhängig von einer bezahlten Tätigkeit bzw. zusätzlich zu den erzielten Einkünften als Selbstständiger, zusätzlich zum Lohn/Gehalt, zur Arbeitslosen- und Sozialhilfe und zur Rente gezahlt wird! Jede/Jeder und jede Familie in der DG kann sich ausrechnen, wie viel Geld dann monatlich zur Verfügung stehen würde!

Seit vielen Jahren sagt VIVANT- Ostbelgien auch, womit der belgische Staat die Auszahlung dieses Grundeinkommens problemlos finanzieren kann. Die föderale Regierung muss dazu das notwendige Geld, hoheitlich, d.h. zins- und tilgungsfrei für den Staat, an jeden Einwohner auszahlen. Um Probleme mit den EU- Bestimmungen zu vermeiden, sollte die föderale Regierung das Grundeinkommen in Form von Staatsbons ausbezahlen, mit welchen dann anschließend auch die Steuern an den Staat bezahlt werden könnten. Diese Staatsbons wären gegen einen geringen Abschlag, z.B. von 5%, in Euros umtauschbar. Es wäre dann ein Leichtes, die notwendige Umlaufsicherung durch einen gleichen Wertabschlag beim Umtausch gegen neue Bons, zum Ende des Jahres, zu erreichen. Der Einwand, nur private Banker hätten das notwendige Fachwissen in Geldfragen, ist absurd: Die Bankenkrise hat gezeigt, dass die privaten Banker das Allgemeinwohl nicht absichern, sondern dass sie es zerstören!

Die Kritik von Frau Stoffels sollte sich also nicht gegen VIVANT- Ostbelgien richten, sondern gegen ihre eigene Partei SP / PS. Die Führungspersönlichkeiten der SP/PS reden zwar viel von Allgemeinwohl und von sozialer Gerechtigkeit, sie praktizieren und tolerieren aber Raubtierkapitalismus zum alleinigen Vorteil der Reichen. So lange sich das nicht ändert, sind auch die sozialen Bekenntnisse von Frau Stoffels nichts weiter als pure Heuchelei!

Joseph Meyer, St.Vith  
VIVANT- Ostbelgien